

zois

Zentrum für Osteuropa-
und internationale Studien
*Centre for East European
and International Studies*

No. 2/2024 · Juni 2024

ZOIS REPORT

**OSTEUROPAFORSCHUNG IN
DER VERANTWORTUNG:
FORSCHUNGSETHIK WÄHREND
RUSSLANDS KRIEG GEGEN
DIE UKRAINE**

Nina Frieß und Katrin Hoffmann



Content

02	Executive Summary
04	Einleitung
07	Forschung zu und in der Ukraine
10	Forschung zu Russland
14	Umgang mit brisanten Forschungsergebnissen
16	Spannung zwischen wissenschaftlicher Objektivität und persönlicher Positionierung
19	Fazit
20	Impressum

Executive Summary

With the start of Russia's full-scale war against Ukraine in February 2022, the question of the effectiveness of research on Eastern Europe has taken on a new urgency. How can research help to categorise political and social developments? What kind of research is even possible during war? What roles do researchers play in time of war? In this ZOiS Report, we show which research ethics challenges have arisen or intensified since the outbreak of war, how they influence research, and how we as researchers and members of the Ethics Committee at ZOiS deal with them. Using concrete examples from our research practice – research in Ukraine and on Russia, the communication of research findings and the positioning of scientists in public discourse – we will present problems, negotiation processes and possible solutions.

The following points appear to us to be particularly relevant for the continuation of our research in the current context from the perspective of research ethics:

- **Balancing formal ethics requirements with research practices:** The tension between the formal requirements of the Ethics Committee, which issues an ethics vote at the beginning of a research project in accordance with

the relevant specifications, and the practices of qualitative social science research, which must adapt to a changing research context, cannot be resolved and must therefore be addressed and discussed again and again. In research practice, it is therefore important to regularly reflect on the following questions: Where are the limits of what is ethically acceptable? What is the relationship between academic freedom and the legal requirements of data protection and the protection of potentially vulnerable participants? How can we best take into account the needs and positions of our research participants and colleagues in these processes?

- **Continuous education in research ethics:** In order to meet the high standards of research ethics in democratic countries, researchers must continuously educate themselves on aspects of research ethics, such as technical data protection requirements. Early career researchers must be sensitised at an early stage to issues relating to research in authoritarian regimes or unstable political contexts, including war situations.
- **Allocation of resources for research ethics:** As research ethics issues are becoming increasingly important, it is essential that more time and financial resources are made available for research ethics. Critical self-reflection and collegial dialogue at all stages of research require time and a protected space. Training sessions for researchers and Ethics Committee members also cost time and money. Institutions should take this into account when planning their budgets, as should politicians and research funding organisations when allocating funds. Only with appropriate resources can science fulfil its social responsibilities.

We are convinced that democracies need scientific expertise. We believe it is important that politics and society not only take note of research findings, but also become aware of their research ethics dimensions. In this ZOiS Report, we have provided some insights into this topic, but our explanations are not exhaustive. Rather, a permanent process of negotiating research ethics issues in conjunction with legal and practical requirements and research interests remains a central component of any research discipline that is aware of its social responsibility.

Einleitung

Mit dem Beginn des vollumfänglichen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 sind zwei Länder in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt, mit denen wir uns am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) seit der Gründung des Instituts 2016 intensiv befassen. Wir verurteilen Russlands völkerrechtswidrigen Krieg gegen seinen souveränen Nachbarstaat auf das Entschiedenste und sorgen uns um unsere Kolleg*innen, Freund*innen und Angehörige in der Ukraine.¹ Gleichzeitig sind wir wie alle Osteuropawissenschaftler*innen mit der Frage konfrontiert, wie wir unsere Forschung unter diesen dramatisch veränderten Bedingungen weiterführen und unsere Expertise zu beiden Ländern in politische und gesellschaftliche Debatten in Deutschland und darüber hinaus einbringen können. Neben praktischen und rechtlichen Fragen² begegneten wir dabei einer ganzen Reihe forschungsethischer Herausforderungen, die wir im Folgenden im Rahmen einer Standortbestimmung der Forschungsarbeit am ZOiS in Zeiten des Krieges thematisieren wollen. In den politischen und öffentlichen Debatten erfährt die Osteuropaforschung derzeit viel Resonanz. Deshalb ist es wichtig, dass auch über wissenschaftliche Kreise hinaus ein Bewusstsein für diese Fragen geschaffen wird.

Angesichts der öffentlichen Resonanz der Osteuropaforschung braucht es auch ein Bewusstsein für Forschungsethik.

Aufgabe der Wissenschaft in freiheitlichen Demokratien ist es, Wissen zu produzieren. Dabei bietet Wissenschaft keine universelle Wahrheit oder eine objektive Darstellung der Welt an. Sie kann jedoch methodisch prüfbar Deutungsangebote machen, Gewissheiten in Frage stellen und Reflexionen anstoßen. Es ist wichtig, dass wissenschaftliche und gesellschaftliche Akteur*innen im stetigen Austausch miteinander stehen. So können Forschungsergebnisse in die Gesellschaft und Politik vermittelt werden und auch die Wissenschaft erhält Impulse für ihre Forschung. Damit die Wissenschaft ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden kann, bedarf es nicht nur methodischer, sondern auch forschungsethischer Normen für Wissensproduktion.

Was meinen wir, wenn wir von Forschungsethik sprechen und warum ist sie relevant? Viele Menschen denken bei diesem Thema zunächst einmal an Fragen, die sich bei Versuchen an Mensch und Tier in der Medizin und Psychologie oder im Umgang mit Künstlicher Intelligenz in der Informatik oder den Ingenieurwissenschaften auftun. Aber auch in den Sozial- und Geisteswissenschaften ist es notwendig, sich mit forschungsethischen Fragen auseinanderzusetzen. Fachgesellschaften haben deshalb Ethikkodizes entwickelt, die einen Rahmen für ethisches Forschen abstecken sollen

1 ZOiS, Krieg in der Ukraine und Kooperationen mit Partnern in Russland, Statement, <https://www.zois-berlin.de/ueber-uns/aktuelles/krieg-in-der-ukraine-und-kooperationen-mit-partnern-in-russland> (14.05.2024).

2 Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat am 25.02.2022 in Abstimmung mit dem Bundeskanzleramt und dem Auswärtigem Amt (AA) alle laufenden und geplanten Kooperationen des BMBF mit staatlichen Stellen in Russland eingefroren und/oder kritisch überprüft sowie eine grundlegende Änderung seiner Kooperationspolitik mit Russland angekündigt. Auch das ZOiS hat sich dafür entschieden, alle institutionellen Kooperationen mit russischen Einrichtungen einzustellen. Zudem gelten auch für deutsche Wissenschaftler*innen die Reise- und Sicherheitshinweise des AA, in denen vor Reisen nach Russland und in die Ukraine dringend abgeraten bzw. gewarnt wird.

und Empfehlungen aussprechen, deren Ziel es ist, Schaden von allen an Forschungsprojekten Beteiligten abzuwenden.³

Am ZOiS beobachten Wissenschaftler*innen verschiedener Disziplinen soziale Prozesse, führen Interviews und Umfragen durch oder analysieren kulturelle Artefakte. Sie tun dies nicht nur vom Schreibtisch aus, sondern auch in den sehr unterschiedlichen Ländern der Forschungsregion des Instituts. Dabei arbeiten sie häufig nicht allein, sondern zusammen mit Menschen vor Ort. Zu den forschungsethischen Grundprinzipien der Arbeit im Umgang mit Kooperationspartner*innen und Forschungsteilnehmer*innen zählen:

1. die Freiwilligkeit und informierte Einwilligung in die Zusammenarbeit;
2. der Schutz vor Beeinträchtigung oder Schädigung aller an der Forschung Beteiligten;
3. der Datenschutz und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, also das Recht, selbst über die Preisgabe und Verwendung personenbezogener Daten bestimmen zu können.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine, der mit der russischen Annexion der Krim 2014 begann und sich im Donbas fortsetzte, außerhalb der Ukraine aber vielerorts erst seit dem 24. Februar 2022 als solcher wahrgenommen wird, stellt uns vor neue forschungsethische Fragen. In der Ukraine schränken die andauernden russischen Angriffe die prinzipiell bestehende Forschungsfreiheit ein. Für Forscher*innen wie Forschungsteilnehmer*innen wird Feldforschung dadurch potenziell lebensgefährlich. In Russland hingegen wird Forschung durch seit Februar 2022 noch einmal verschärfte repressive Gesetze und die systematische Unterdrückung akademischer Freiheit zum Sicherheitsrisiko. Im Falle des ZOiS ist dieses durch den Status des Instituts als „unerwünschte Organisation“ noch einmal höher.⁴ Auch jenseits der Ukraine und Russlands ergeben sich durch den Krieg und seine Folgen neue ethische Fragen für die Osteuropaforschung.

Im Folgenden wollen wir aufzeigen, welche forschungsethischen Herausforderungen in Zusammenhang mit Russlands Krieg gegen die Ukraine entstehen, wie diese wissenschaftliche Arbeit beeinflussen und wie wir als Wissenschaftler*innen und Mitglieder der Ethikkommission am ZOiS mit ihnen umgehen. Mitunter entstehen zwischen diesen Positionen Interessenskonflikte, die wir offen diskutieren wollen. Thematisch gliedert sich der vorliegende ZOiS Report in vier Felder:

-
- 3 Exemplarisch seien hier genannt [Ethik-Kodex der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft \(DVPW\)](#), (Fassung vom 15.05.2017) sowie [Ethik-Kodex der Deutschen Gesellschaft für Soziologie \(DGS\) und des Berufsverbandes Deutscher Soziologinnen und Soziologen \(BDS\)](#) (14.05.2024).
 - 4 Am 13. Oktober 2023 veröffentlichte die russische Generalstaatsanwaltschaft ihre Entscheidung, das ZOiS als „unerwünschte Organisation“ zu führen. Russische Staatsangehörige, die mit derart eingestuft Organisationen zusammenarbeiten, können strafrechtlich verfolgt werden. Siehe dazu die Stellungnahme des ZOiS sowie die gemeinsame Erklärung der in Russland als „unerwünschte Organisation“ gelisteten Institutionen unter: <https://www.zois-berlin.de/ueber-uns/aktuelles/erklarung-zur-einstufung-des-zois-als-unerwuenschte-auslaendische-organisation-in-der-russischen-foederation> sowie <https://www.boell.de/de/2024/03/22/gemeinsame-erklarung-der-russland-als-unerwuenschte-organisationen-gelisteten> (14.05.2024).

Forschungsethik am ZOiS: Grundsätze und Gremien

Forschungsethische Fragen sind ein wesentlicher Bestandteil empirischer Forschungspraxis. Sie stellen sich in allen Phasen des Forschungsprozesses – von der Themenwahl und Zielsetzung über das Studiendesign, den Zugang zum Feld, Verfahren der Datenerhebung und Auswertung bis hin zu Fragen der Publikation und Verwertung von Forschungsergebnissen. Forschungsethik umfasst vielfältige Dimensionen wie die Integrität der Forschenden, die Risikoabwägung und Schadensvermeidung sowie rechtliche Fragen des Datenschutzes.¹

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat in dem Kodex „Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ (GWP) 19 Leitlinien formuliert und damit einen Standard für wissenschaftliches Arbeiten beschrieben.² Ziel des Kodex ist es, eine Kultur der wissenschaftlichen Integrität in der deutschen Wissenschaftslandschaft zu verankern. Auch das ZOiS hat sich zur Einhaltung der Regeln der GWP und zum respektvollen Umgang mit Menschen verpflichtet, die in verschiedenen Rollen in unsere Forschungsprojekte einbezogen werden. Nur eine auf strikter Ehrlichkeit, konsequenter Selbstreflexion und dem kritischen Diskurs in der Forschungsgemeinschaft beruhende wissenschaftliche Integrität kann das Vertrauen der Gesellschaft in die Wissenschaft gewährleisten.

Um die Einhaltung dieser institutionellen Selbstverpflichtung sicherzustellen, wurde am ZOiS 2022 eine Ethikkommission eingerichtet, die neue Forschungsprojekte nach forschungsethischen Kriterien prüft. Der Ethikkommission gehören die wissenschaftliche Leitung des ZOiS, die Leitung des

Bereichs Drittmittel- und Forschungsmanagement, eine Forschungsschwerpunktleitung und ein*e wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in an. Die beiden erstgenannten Mitglieder sind permanent in der Ethikkommission vertreten, während die beiden letztgenannten Mitglieder für die Dauer von zwei Jahren von allen am ZOiS beschäftigten Wissenschaftler*innen gewählt werden. Für das Ethik-Votum werden Aspekte des Datenschutzes, des Umgangs mit Forschungsdaten und rechtliche Fragen geprüft. Vor allem aber dient die Einholung des Votums dem fachlich-kollegialen Austausch und der Beratung. Wissenschaftler*innen sollen sich durch die Auseinandersetzung mit forschungsethischen Aspekten ihrer Projekte auf potentielle Risikosituationen während ihrer Forschung vorbereiten, um die Forschungsteilnehmer*innen und sich selbst vor negativen Konsequenzen zu schützen. Die Ethikkommission unterstützt diesen Prozess der kritischen Selbstreflexion, wenn sie fordert, sich mit Fragen von Differenz, Privilegien, Vulnerabilität und Ungleichheit bereits vor Beginn der Feldforschung oder Datenerhebung auseinanderzusetzen. Sie bietet damit Orientierung für die Beschäftigung mit forschungsethischen Grundsätzen, für deren Umsetzung in der Forschung aber letztlich die Wissenschaftler*innen verantwortlich sind.

Zusätzlich haben das Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO), das Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO), das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) und das ZOiS die Einrichtung einer institutsübergreifenden Ethikkommission vereinbart, die zusammentritt, wenn eine der beteiligten Institutionen beantragt, dass die ethische Unbedenklichkeit eines Forschungsvorhabens überprüft werden soll. Die Kommission behandelt Anträge, wenn zuvor die internen Instrumente der antragstellenden Institution ausgeschöpft wurden oder explizit eine externe Beratung und Begutachtung für die Einreichung von Anträgen oder Publikationen erforderlich ist.

1 Vgl. Hella von Unger, „Forschungsethik in der qualitativen Forschung: Grundsätze, Debatten und offene Fragen“, in *Forschungsethik in der qualitativen Forschung. Reflexivität, Perspektiven, Positionen*, hrsg. von Hella von Unger, Petra Narimani, Rosaline M'Bayo, (Springer Verlag 2014, S. 15 – 39).

2 „Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“, DFG – Deutsche Forschungsgemeinschaft, <https://wissenschaftliche-integritaet.de/kodex/>.

1. Forschung zu und in der Ukraine
2. Forschung zu Russland
3. Umgang mit brisanten Forschungsergebnissen
4. Spannung zwischen wissenschaftlicher Objektivität und persönlicher Positionierung

Anhand vier konkreter Beispiele aus dem Forschungsalltag unserer Kolleginnen stellen wir Probleme, Aushandlungsprozesse und Lösungsansätze dar, wohl wissend, dass wir häufig Einzelfallabwägungen treffen müssen. Dennoch hoffen wir, dadurch ein Bewusstsein für die Notwendigkeit dieser Prozesse zu schaffen und andere Forscher*innen unserer Fachdisziplinen und der Area Studies in ihren diesbezüglichen Überlegungen zu unterstützen. Gleichzeitig wollen wir mit diesem ZOiS Report außerhalb des Wissenschaftssystems stehenden Akteur*innen einen Blick hinter die Kulissen unserer Arbeit ermöglichen. Wir zeigen dabei auch, dass in der aktuellen Situation Forschungslücken entstehen können – denn einige Projekte lassen sich unter den gegebenen Umständen schlicht nicht realisieren – und gehen darauf ein, wie unter Wahrung forschungsethischer Prinzipien so viel Expertise wie möglich erhalten werden kann. Wir hoffen, dass diese Transparenz dazu beiträgt, das Verständnis für die Notwendigkeit, Möglichkeiten und Grenzen forschungsethisch fundierter Wissenschaft zu stärken und das facettenreiche Thema Forschungsethik in eine breitere gesellschaftliche Debatte einzubringen.

Forschung zu und in der Ukraine

Seit seiner Gründung nimmt die Ukraine-Forschung am ZOiS eine zentrale Stellung ein. Die Kooperation mit ukrainischen Partner*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft spielt dabei eine wichtige Rolle. Bereits vor dem Beginn des vollumfänglichen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine hatten uns ethische Fragen zu unserer ukrainebezogenen Forschung beschäftigt. Seit dem 24. Februar 2022 stellen sich diese jedoch in neuer Dringlichkeit:

- Wie können wir – als ausländische oder lokale Wissenschaftler*innen – Forschung in der Ukraine durchführen, in der es durch die andauernden russischen Angriffe selbst auf zivile Ziele im gesamten Land kaum sichere Orte gibt, ohne uns und andere damit zu gefährden? Wie gelingt Forschung auf Augenhöhe mit Wissenschaftler*innen vor Ort?
- Forschung in Kriegsgebieten verlangt eine stärkere Klärung der Frage nach der Relevanz. Wie lässt es sich rechtfertigen, dass wir mit unserer Forschung Ressourcen der Menschen binden, mit und über die wir forschen, die diese in Zeiten des Krieges womöglich anderweitig benötigen?
- Wie gehen wir damit um, dass in unseren Umfragen oder Interviews aufgeworfene Themen auf unsere Rezipient*innen möglicherweise re-traumatisierend wirken?

Forschung in Kriegsgebieten verlangt eine stärkere Klärung der Frage nach der Relevanz.

Nach dem 24. Februar 2022: Soziologische Forschung als soziale Verantwortung

Input von Tetiana Skrypchenko

Für mich und meine Kolleg*innen der Sociological Group „Rating“, einem unabhängigen ukrainischen Forschungsinstitut, stellte der Beginn des Krieges eine große Herausforderung dar. Am 24. Februar 2022 stand jede*r Ukrainer*in vor der Frage: „Wie sollen wir handeln?“, „Wohin sollen wir gehen?“, „Was können wir tun?“ oder „Was müssen wir tun?“ Am dritten Tag des Krieges war die Antwort für uns als ukrainische Soziolog*innen klar: Wir müssen weiter forschen. Das ethische Dilemma war groß: War es gerechtfertigt, dass wir die Menschen während des Krieges für Umfragen kontaktierten? Würden unsere Fragen Schaden anrichten? War unsere Forschung überhaupt angemessen? Diese Fragen belasteten uns schwer.

In meinem Soziologiestudium habe ich gelernt Theorien anzuwenden, Stichproben zu nehmen und statistische Analysen vorzunehmen. Eine Anleitung, wie im und zum Krieg geforscht werden kann, gab es nicht. Trotz des Fehlens klarer Regeln fühlten wir uns gezwungen, dieses Dilemma anzugehen. Wir sahen es als unsere Pflicht an, unsere Forschung zur Unterstützung der Gesellschaft einzusetzen, und begannen mit einer ersten Umfrage.

Wir planten die Umfrage sorgfältig und beschränkten ihre Dauer und die sensiblen persönlichen Fragen auf ein Minimum. Gleichzeitig zeigten wir Einfühlungsvermögen und stellten sicher, dass sich die Befragten einbringen konnten. Das Ergebnis unserer ersten Umfrage war ermutigend: Die Befragten bestätigten die Bedeutsamkeit der Umfrage. Ihre Rückmeldungen zeigten, dass sie ihnen Unterstützung bot und ihr Bedürfnis, sich mitzuteilen, erfüllte, was zu einer nie dagewesenen Rücklaufquote führte.

Unsere ersten Studien erfüllten mehrere Funktionen: Sie gaben den Menschen die Möglichkeit, ihre Gedanken zu äußern, lieferten der ukrainischen Wissenschaft wichtige Analysedaten, stärkten die Moral und den Zusammenhalt der Gesellschaft und der Streitkräfte und gaben unserem Team ein Gefühl von Sinnhaftigkeit und Stabilität.

Rückblickend bleibt es schwierig, das beste Vorgehen zu bestimmen. Doch ich glaube, wenn wir heute wieder vor die Entscheidung gestellt wären, würden wir denselben Weg wählen. Soziologie ist nicht nur akademisch, sie verkörpert auch soziale Verantwortung.

*Die Soziologin **Tetiana Skrypchenko** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungseinrichtung Sociological Group „Rating“ und stellvertretende Direktorin von dessen Online-Forschungsstruktur Rating Online. Sie ist Gastwissenschaftlerin des vom BMBF geförderten Ukraine Research Networks@ZOIS (UNET).*

Aus dem Englischen übersetzt von Nina Frieß

Tetiana Skrypchenko verdeutlicht, dass der Krieg kein Grund sein darf, Forschung in und zur Ukraine einzustellen, auch wenn aufgrund der akuten Gefahrenlage nicht immer vor Ort geforscht werden kann. In Kooperation mit ukrainischen Kolleg*innen in der Ukraine und im Exil können aber Daten generiert, ausgewertet und dadurch Wissen über die gesellschaftspolitische Gegenwart in der Ukraine bereitgestellt werden. Nur durch solche datenbasierte Forschung ist es möglich, wissenschaftlich fundierte Kenntnisse in öffentliche Debatten einzubringen und damit nicht zuletzt Fake News, Meinungsmacher*innen und Scheinexpert*innen entgegenzutreten.

Der Krieg hat dazu geführt, dass ukrainische Forscher*innen stärker in internationale Netzwerke eingebunden werden und ihre Forschung außerhalb der Ukraine sichtbar geworden ist. Neben ihrer fachlichen Expertise bringen die Kolleg*innen eine besondere Kulturkompetenz mit, die gerade für die Einschätzung forschungsethischer Fragen wichtig ist. Skrypchenko weist in ihrem Beitrag beispielsweise auf die Notwendigkeit hin, die Umfragedauer zu beschränken. Grund dafür ist ihr Wissen, dass in vielen Teilen der Ukraine die Energieversorgung infolge der russischen Angriffe auf kritische Infrastruktur prekär ist. In diesem Fall werden ganz praktische Fragen wie nach der Akkulaufzeit eines Mobiltelefons und der Möglichkeit, dieses nach einem Telefoninterview aufladen zu können, zu forschungsethischer Fürsorge. Entsprechende Empathie der Forschenden ist hier ebenso notwendig wie bei Fragen nach Gewalterfahrungen. Umfragen und Interviews erfordern in Zeiten des Krieges folglich eine noch gründlichere Vorbereitung als in Friedenszeiten. Im Vordergrund müssen dabei stets die Bedürfnisse der Menschen stehen, die bereit sind, sich unter extremen Bedingungen an Forschung zu beteiligen. Dabei können situationsbedingte Anpassungen im Forschungsprozess immer wieder notwendig werden.

Fragen wie die nach der Akkulaufzeit eines Mobiltelefons werden zu forschungsethischer Fürsorge.

Wenn ukrainische, und mehr noch ausländische Wissenschaftler*innen mit Ukrainer*innen arbeiten, müssen sie sich zuvor Gedanken über die Wirkung ihrer Fragen machen. ZOiS-Wissenschaftler*innen tun das, indem sie Fragebögen intern und extern mit Kolleg*innen diskutieren, idealerweise unter Beteiligung ukrainischer Wissenschaftler*innen, und mit der Ethikkommission abstimmen. Mitunter müssen Forscher*innen auf Fragen verzichten, bei denen sie zu dem Schluss kommen, dass sie Befragte verletzen könnten. Die Integrität des Einzelnen ist ein zentraler Leitgedanke der Forschungsethik, denn Forschung will und darf Menschen keinen Schaden zufügen.

Indes unterstreichen Skrypchenkos Ausführungen, dass Menschen ihre Erfahrungen und Erlebnisse teilen und sich somit Gehör verschaffen *wollen*. Wissenschaftler*innen sollten also nicht aus falsch verstandener Rücksichtnahme vor Fragen zurückschrecken. Oft kann nur situativ entschieden werden, wo Forscher*innen weiterfragen können und wo sie aufhören müssen. Entsprechend wichtig ist es, auf die Reaktionen des Gegenübers zu achten und zu jedem Zeitpunkt Ausstiegsoptionen aus Umfrage oder Interview zu signalisieren, was in einem Telefoninterview schwieriger ist als in einer Face-to-Face-Befragung. Problematisch ist allerdings, dass Agenturen oder lokale Forscher*innen, mit denen wir für die Durchführung von Interviews oder Umfragen kooperieren, nur bedingt an EU-Richtlinien, etwa zum Datenschutz, gebunden sind und die Einhaltung forschungsethischer Standards nur schwer überprüfbar ist. Hier bedarf es intensiver Vorabsprachen, um Kolleg*innen und Dienstleister für diese Problematiken zu sensibilisieren.

Forschung im Kriegskontext erfordert ein hohes Maß an Selbstreflexivität, Sensibilität und Flexibilität, um auf unvorhersehbare Situationen angemessen reagieren zu können. Letztere steht möglicherweise im Spannungsverhältnis zu dem vorab durchgeführten Ethikvotum, das nicht alle Interview- oder Umfragesituationen antizipieren kann. Während Forscher*innen also versuchen müssen, im Vorfeld möglichst viele Szenarien durchzuspielen und über alternative Methoden der Datenerhebung nachzudenken, sollten Ethikkommissionen die Grenzen solcher Vorüberlegungen anerkennen. Nur so bleibt Forschung zu aktuell relevanten Themen möglich.

Nicht in den Hintergrund geraten sollte, dass die gegenwärtige Situation auch für Forscher*innen belastend sein kann. Selbst wenn sie nicht persönlich vom Kriegsgeschehen betroffen sind, erfahren sie über ihre Gesprächspartner*innen doch aus erster Hand von Erlebnissen, die sich auf ihre eigene psychische Gesundheit auswirken können. Pausen während emotional und mental belastender Forschung für die Wissenschaftler*innen, aber auch für Mitarbeiter*innen von Umfrageagenturen, und regelmäßige Gespräche mit Kolleg*innen, Betreuer*innen von Qualifikationsarbeiten oder Vorgesetzten vor, während und nach der Datenerhebung sollten deshalb wichtiger Bestandteil von Forschung sein. Das zu ermöglichen, liegt nicht nur in der Verantwortung der Wissenschaftler*innen, sondern auch bei den wissenschaftlichen Einrichtungen.

Forschung zu Russland

Seit Jahren wächst in Russland der Druck auf geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung, insbesondere durch immer rigidere Gesetze wie im Bereich der Geschichtspolitik. Nach Russlands vollumfänglicher Invasion der Ukraine im Februar 2022 hat sich die Situation für in- wie ausländische Wissenschaftler*innen nochmals verschärft. Für ZOiS-Wissenschaftler*innen ist Feldforschung in Russland in Präsenz derzeit nicht nur infolge der massiven Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit unmöglich, auch aufgrund ihrer abgeschlossenen und laufenden Forschung sowie ihrer Positionierung gegen den russischen Angriffskrieg müssen ZOiS-Mitarbeiter*innen in Russland strafrechtliche Konsequenzen befürchten. Kooperationspartner*innen im Land sind infolge der restriktiven russischen Gesetze und der Einstufung des ZOiS als „unerwünschte Organisation“ gefährdet, die unabhängige Forschung sowie wissenschaftliche Kooperationen zwischen russischen und ausländischen Akteur*innen verhindern soll. Institutionelle Partnerschaften mit staatlichen wissenschaftlichen Einrichtungen in Russland hat das ZOiS – wie andere deutsche Wissenschaftseinrichtungen auch – aufgrund der Positionen dieser Institutionen zum russischen Angriffskrieg aufgekündigt. Doch selbst private Kontakte zu in Russland verbliebenen Wissenschaftler*innen können aus den oben genannten Gründen negative Konsequenzen für diese Personen haben. Vor diesem Hintergrund sind wir mit folgenden Problemen konfrontiert, die jeweils auch forschungsethische Dimensionen haben:

- Wie lässt sich in diesen Zeiten überhaupt Forschung zu Russland betreiben?
- Wie können wir mit russischen Akteur*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, ohne diese in und außerhalb Russlands zu gefährden?

Nach der vollumfänglichen Invasion hat sich die Situation für in- wie ausländische Wissenschaftler*innen nochmals verschärft.

Russische Repressionen und Migration: Schutz vs. Sichtbarkeit politischer Aktivist*innen

Input von **Tsypylma Darieva** und **Tatiana Golova**

Unsere qualitative Studie „Politische Migration aus Russland und Aserbaidschan“ wurde noch vor Russlands Überfall auf die Ukraine konzipiert und startete im Frühjahr 2022. Somit war schnelles Anpassen sowohl an die veränderten Migrationsströme als auch an den zunehmend repressiven Charakter des russischen Regimes – der viele Aktivist*innen zur Ausreise bewegte – notwendig.

Obwohl unsere potentiellen Interviewpartner*innen nicht wie Ukrainer*innen vor dem Krieg geflohen waren und ihre Situation eine grundsätzlich andere ist, befanden sie sich in der psychisch belastenden Situation einer nicht vorbereiteten Migration mit unklaren Perspektiven. Einige regimekritische Exilruss*innen waren zudem vorher in Russland direkten Repressionen ausgesetzt. Darin bestand eine forschungsethische Herausforderung.

Außerdem endet Verfolgung nicht an der russischen Staatsgrenze: Transnationale Repression und die Angst davor nehmen insbesondere in Ländern des postsowjetischen Raums zu. Auch im eigentlich demokratischen Georgien, wo viele politische Migrant*innen aus Russland und Aserbaidschan Zuflucht gefunden haben, fühlen sich diese nicht immer sicher. Das wirkt nicht nur demobilisierend, sondern erfordert von uns als Forscher*innen mehr Sensibilität und die Verantwortung, zusätzliche Risiken für Teilnehmer*innen möglichst zu minimieren, etwa indem wir in Interviews und Umfragen generierte Daten konsequent anonymisieren.

Dabei ist es ebenfalls wichtig, die Selbstbestimmung der Aktivist*innen zu respektieren: Je nach Profil sind sie durchaus an öffentlicher Aufmerksamkeit für das, was sie tun, und für die Menschen, denen sie helfen, interessiert. Über die damit einhergehenden Risiken wollen sie selbst entscheiden. Die Bilanz zwischen Verantwortung und Respekt müssen wir deshalb in der Forschungspraxis immer wieder aushandeln.

Tsypylma Darieva ist Anthropologin und leitet den Forschungsschwerpunkt Migration und Diversität am ZOiS, zudem ist sie Privatdozentin an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Die Soziologin Tatiana Golova ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZOiS.

Tsypylma Darieva und Tatiana Golova zeigen, wie Forschung in Zeiten des Krieges wenn nicht in, so doch zu Russland und mit russischen Akteur*innen erfolgen kann: in ihrem Fall durch die Zusammenarbeit mit Aktivist*innen, die das Land verlassen haben. Am ZOiS gibt es mehrere Projekte, die Migrant*innen aus Russland in den Blick nehmen und damit zum Verständnis dieser sehr heterogenen Gruppe wie auch der gesellschaftspolitischen Verhältnisse in Russland beitragen. Darüber hinaus versuchen ZOiS-Wissenschaftler*innen über die gesellschaftspolitischen Entwicklungen

Russische Repressionen enden nicht an Staatsgrenzen.

informiert zu bleiben und so ein möglichst differenziertes Bild über ihre Forschungsregion vermitteln zu können. Dafür analysieren sie staatliche, unabhängige und soziale Medien und kulturelle Artefakte oder tauschen sich mit Menschen aus, die sich nach wie vor in Russland befinden.

Allerdings bergen selbst diese Forschungspraktiken Risiken, denn, so Darieva und Golova, russische Repressionen enden nicht an Staatsgrenzen. Migrant*innen können selbst im Ausland ins Visier russischer Behörden geraten. Zwar sind Fälle wie der Berliner Tiergartenmord oder mysteriöse Todesfälle unter prominenten Exilant*innen Ausnahmen. Dennoch zeigen sie, dass das russische Regime keinerlei Skrupel bei der Verfolgung Andersdenkender hat. Zudem müssen Migrant*innen befürchten, dass in Russland verbliebene Angehörige für Äußerungen und Handlungen ihrer im Exil lebenden Verwandten zur Verantwortung gezogen werden.

In diesem Fall – und mehr noch in den seltenen Fällen, in denen es zur Zusammenarbeit mit in Russland verbliebenen Menschen kommt – müssen Wissenschaftler*innen ihre Kooperationspartner*innen und Forschungsteilnehmer*innen bestmöglich schützen, denn ethisches Handeln ist ein Bestandteil guter wissenschaftlicher Praxis und betrifft den gesamten Lebenszyklus von Forschungsdaten – von der Erhebung, über die Analyse bis hin zur Archivierung und Nachnutzung der Daten. Dies geschieht unter anderem durch die Wahl möglichst sicherer Kommunikationskanäle sowie durch konsequenten Datenschutz. Die Leitfrage aller Schutzmaßnahmen lautet dabei: Wie wird Vertraulichkeit gewährleistet? Eine Reihe sicherheitstechnischer Maßnahmen, angefangen von der Nicht-Aufzeichnung von IP-Adressen bis hin zu einer sicheren Server-Infrastruktur, die bestmöglichen Schutz vor Datendiebstahl bietet, bilden den Rahmen für eine sichere Teilnahme an qualitativer Sozialforschung. Ein zentrales Mittel ist hierbei die verantwortungsbewusste Anonymisierung, die es russischen Behörden erschweren soll, Personen zu identifizieren. Zu einem möglichen Streitpunkt zwischen Wissenschaftler*innen und Ethikkommissionen kann die schriftliche Einwilligungserklärung werden, die personenbezogene Daten enthält. Ein derartiges Einverständnis zur Teilnahme an einem Forschungsprojekt ist institutionell erwünscht, wird aber von potenziellen Forschungsteilnehmer*innen häufig als Sicherheitsrisiko empfunden. In einem solchen Kontext kann es deshalb sinnvoll sein, auf mündliche Einwilligungen auszuweichen, die von Ethikkommissionen bei entsprechender Dokumentation als äquivalent anerkannt werden. Entscheidend ist bei Fragen rund um den Datenschutz, dass die wissenschaftliche Einrichtung nicht nur eine vor dem Zugriff Dritter sichere (IT-)Infrastruktur zur Verfügung stellt, sondern auch Wissenschaftler*innen kontinuierlich zu Fragen im sicheren Umgang mit Forschungsdaten mit all seinen Aspekten sensibilisiert.

Ein besonderes Spannungsfeld stellen Fälle dar, in denen Forschungsteilnehmer*innen nicht anonym auftreten wollen, Wissenschaftler*innen oder Ethikkommissionen dies aber für geboten halten. Dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung steht hier die Verantwortung der Forscher*innen für ihre Forschungsteilnehmer*innen und möglicherweise Auflagen der Ethikkommission oder von Fördergebern gegenüber. Sind Personen mit ihren Themen öffentlich so präsent, dass ihnen Aussagen ohnehin zugeordnet werden könnten, mag eine Anonymisierung verzichtbar sein. Bei anderen können Pseudonyme, Paraphrasen anstelle von direkten Zitaten oder die

Verwendung von bereits veröffentlichten Materialien Alternativen sein. Kommen Forscher*innen zu dem Schluss, dass die Veröffentlichung bestimmter Materialien für ihre Forschungsteilnehmer*innen zu gefährlich ist, müssen sie darauf verzichten. Diese Aushandlungsprozesse können nur fallspezifisch erfolgen und sollten alle Beteiligten einbeziehen. Selbstverständlich werden Forschungsteilnehmer*innen immer wieder auf ihr Recht hingewiesen, ihre Erlaubnis zur Nutzung ihrer Daten auch nachträglich zu widerrufen. Dabei eröffnet sich insofern ein weiteres Problem, als Förderorganisationen entsprechend des Ideals von Open Science eine Veröffentlichung und damit eine Nachnutzung von Forschungsdaten wünschen. Allerdings sind Forschungsdaten der qualitativen Sozialforschung häufig ohne ihren Kontext nicht einzuordnen und damit für Dritte schwer auszuwerten. Eine Kontextualisierung wiederum kann etwa bei Experteninterviews schnell Rückschlüsse auf Personen zulassen, was diese potenziell gefährdet. Hier muss sorgfältig zwischen den Standards einer transparenten Wissenschaft und dem Datenschutz als Teil einer verantwortungsbewussten Wissenschaft abgewogen werden.

Diese Aushandlungsprozesse können nur fallspezifisch erfolgen und sollten alle Beteiligten einbeziehen.

Ethische Herausforderungen entstehen auch, wenn Forschungsprojekte von Personen durchgeführt werden, die selbst zu einer vulnerablen Gruppe gehören, etwa infolge ihrer Staatsbürgerschaft, ihrer religiösen Zugehörigkeit oder ihrer sexuellen Orientierung. Hier kommt es zu Konflikten zwischen individuellem Schutzbedürfnis und dem berechtigten Interesse, die eigene Forschung möglichst sichtbar zu machen und sich damit – gerade bei Wissenschaftler*innen in einem befristeten Anstellungsverhältnis – für künftige Karriereschritte zu qualifizieren. Wissenschaftliche Institutionen sollten diese Prozesse durch Beratungsangebote zu rechtlichen Fragen sowie zu Karriereperspektiven begleiten.

Der Aushandlungsprozess zwischen informationeller Selbstbestimmung und Verantwortung der Forscher*innen fördert ein weiteres Dilemma zutage. Die Prüfung der ethischen Unbedenklichkeit durch eine Ethikkommission erfolgt zu Beginn eines Forschungsprojektes. Zu diesem Zeitpunkt können Wissenschaftler*innen ihr Forschungsprojekt theoretisch darlegen und im besten Fall verschiedene Szenarien im Forschungsablauf durchdenken. In der Praxis der qualitativen Sozialforschung – insbesondere in Kriegs- und Krisenzeiten – müssen aber unter Umständen Forschungsdesign, methodisches Herangehen und Auswahl der zu erforschenden Gruppen im Laufe eines Projekts immer wieder neu ausgehandelt und an sich verändernde Gegebenheiten angepasst werden. Dieser um die Suche nach Erkenntnis kreisende Prozess des Forschens steht häufig im Gegensatz zu der Bescheinigung der Ethikkommission, die mitunter als starres Korsett empfunden wird. Um Forschung unter sich verändernden Bedingungen zu ermöglichen, bedarf es deshalb der verantwortungsvollen Zusammenarbeit beider Seiten. So müssen Forschende die Ethikkommission über gravierende Änderungen informieren und im kollegialen Austausch mit ihr eine erneute forschungsethische Standortbestimmung vornehmen.

Umgang mit brisanten Forschungsergebnissen

Das ZOIS bestimmt seine Forschungsagenda eigenständig und unabhängig. Da ZOIS Wissenschaftler*innen vor allem zu zeitgenössischen, gesellschaftsrelevanten Fragestellungen forschen, bleibt es dabei nicht aus, dass sich politische und gesellschaftliche Akteur*innen für ihre Forschungsergebnisse interessieren. Im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, der nicht zuletzt ein Informationskrieg ist, stellen sich dabei auch eine Reihe forschungsethischer Fragen:

- (Wie) können wir die Wahrscheinlichkeit von Missbrauch von Forschungsergebnissen beispielsweise zu Propagandazwecken verringern?
- Wie können Räume für reflektierte Diskussion geschaffen werden, in denen sich methodologische Abwägungen und Kontexte diskutieren lassen?

Kirche, Staat und Sicherheitspolitik in der Ukraine: Wenn Forschungsergebnisse plötzlich brisant werden Input von Regina Elsner

Als die ukrainische Politik im Herbst 2022 Religion als Thema der Sicherheitsstrategie des Landes in der Verteidigung gegen Russland aufgriff, wurden bestimmte Forschungsergebnisse aus meinem Fachbereich – der Ostkirchenkunde – brisant. Das Verhältnis von Kirche und Politik ist für die orthodoxen Kirchen eine besondere Herausforderung. Religionsfreiheit ist ein zentrales Thema ukrainischer Kolleg*innen in der Menschenrechtspolitik und gleichzeitig ein bedeutendes Propagandainstrument Russlands, um die orthodoxen Kirchen in beiden Ländern gegeneinander auszuspielen. Angesichts der zunehmenden Versicherheitlichung („Securitization“) der Religionsthematik wurden Theolog*innen immer öfter gebeten, die Situation zu kommentieren.

Eine Kritik der Politik eines Landes, das sich in einem existentiellen Verteidigungskampf gegen den Vernichtungswillen des Nachbarlandes mit allen Mitteln wehren muss, ist äußerst heikel. In unserem Themenfeld wird das durch die gezielte russische Propaganda verstärkt, die gerade mit dem Schutz der Religionsfreiheit die eigene militärische Gewalt legitimieren will. Jede offene Kritik der ukrainischen Religionspolitik bedeutete ein Geschenk für den Angreifer, genauso wie jede neue Nachricht über ein beschlagnahmtes Kloster in der Ukraine. Die Diskussionen zwischen Kirchenvertretern und Gläubigen in den sozialen Netzwerken und ukrainischen Medien wurden immer hitziger und es war fraglich, ob eine wissenschaftlich argumentierende, differenzierte Position überhaupt nützlich sein könne. Ukrainische Kolleg*innen hatten große Sorgen angesichts dieser Entwicklungen, äußerten sich jedoch nicht öffentlich. Gerade aus dem Ausland erschien eine Kritik als unethisch.

Nach verschiedenen Fachbeiträgen brachten mein Kollege Thomas Bremer und ich schließlich die Problematik mit einem FAZ-Gastbeitrag in die deutsche Öffentlichkeit. Die dabei notwendige Zuspitzung sorgte für eine kontroverse Diskussion, bei der uns besonders Vertreter*innen der ukrainischen Think-Tank-Community und Zivilgesellschaft vorwarfen,

die Rolle der Kirchen falsch einzuschätzen und der Ukraine zu schaden. Aus der Ukraine gab es in der Folge allerdings auch mehrfache Anfragen zu ausführlicheren Einschätzungen zur Umsetzung von Religionsfreiheit und Sicherheitspolitik. Die internationale Aufmerksamkeit für die komplexen religions- und sicherheitsrechtlichen Prozesse in der Ukraine wuchsen und im Land selbst wurde ein sehr radikales Vorgehen zunächst verlangsamt. Sowohl die differenzierte wissenschaftliche Auseinandersetzung als auch die öffentlichkeitswirksame Zuspitzung waren darum wichtig.

Regina Elsner ist Theologin und Professorin für Ostkirchenkunde und Ökumenik an der Universität Münster, zudem ist sie affilierte Wissenschaftlerin am ZOiS.

Regina Elsner veranschaulicht, wie schnell sich Wissenschaftler*innen mit Vorwürfen hinsichtlich ihrer Expertise und Objektivität konfrontiert sehen können, gerade wenn sie Forschungsergebnisse außerhalb von Fachpublikationen präsentieren. In politisch aufgeladenen Debatten gehen diese Vorwürfe mitunter mit persönlichen Beleidigungen bis hin zu Drohungen einher. Forscher*innen in freien Gesellschaften betreiben aber entsprechend den Regeln guter wissenschaftlicher Praxis ergebnisoffene Forschung, die unerwartete, den ursprünglichen Hypothesen widersprechende Resultate hervorbringen kann. Umso wichtiger ist es, transparent zu vermitteln, wie Forschungsergebnisse zustande kommen, in welchem Kontext sie stehen, wie weit ihre Aussagekraft reicht und wo sie endet.

Eine solche Transparenz schließt nicht aus, dass beispielsweise russische Propagandist*innen versuchen, Forschungsergebnisse für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Was Gert G. Wagner als „Dual Use“-Problematik in den Sozialwissenschaften bezeichnet hat, bewahrheitet sich auch im Kontext des weltweiten russischen Informationskrieges.⁵ Vor der Veröffentlichung potenziell brisanter Forschungsergebnisse sollten solche Szenarien – die auch die verkürzte, verzerrte oder schlicht falsche Darstellung von Ergebnissen beinhalten – deshalb bereits mitgedacht werden. Am ZOiS geschieht das unter Einbezug des Bereichs Kommunikation.

Wissenschaftskommunikation bedeutet zuallererst, über Räume und Formate nachzudenken, in und über die Forschung auch außerhalb der Fachgemeinschaft vermittelt werden kann. Institutionen und Medien für Wissenschaftskommunikation wie Wissenschaft im Dialog, deko:der oder te:ma arbeiten intensiv an Lösungsansätzen für diese Problematik. Unterschiedliche Veranstaltungsformate, Online-Formate, Podcasts sowie Kurzpublikationen ermöglichen es durchaus, Methoden zu erklären und Forschungsergebnisse deutlicher zu differenzieren, als das in einer Pressemitteilung oder einem Social Media-Post möglich ist. Mit entsprechenden Formaten wollen wir als Forschungseinrichtung auch dazu beitragen, die gesellschaftliche Fähigkeit zu schulen, Daten und ihre Präsentation kritisch zu lesen und zu hinterfragen („Data Literacy“).

Es ist nicht ausgeschlossen, dass russische Propagandist*innen versuchen, Forschungsergebnisse für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

5 Gert G. Wagner, „Anmerkungen zu den vielfältigen Dimensionen einer Forschungsethik in den Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften“, RatSWD Working Paper 265 / 2017, Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), <https://doi.org/10.17620/02671.10>.

Nicht immer ist absehbar, wer die erhaltenen Informationen zu welchen Zwecken nutzt, welche Räume sich als fruchtbarer Diskursraum erweisen und wo Gefahren für Wissenschaftler*innen entstehen. Wissenschaftskommunikation muss darum Risiken abschätzen und in einem engen Kontakt mit den Wissenschaftler*innen stehen, um schnell auf Anfragen und Angriffe reagieren zu können. Gerade in einer Zeit medialer Beschleunigung und inhaltlicher Verkürzung ist außerdem eine besonders hohe Medienkompetenz im Bereich der Wissenschaftskommunikation notwendig, die durch Fortbildungen und kollegialen Austausch immer wieder aktualisiert werden muss.

Elsners Beispiel zeigt indes auch, dass die Veröffentlichung brisanter Forschungsergebnisse positive Entwicklungen anstoßen kann. Wenn Wissenschaft einen Beitrag zu gesellschaftlichen Debatten leisten will, darf sie deshalb vor der Wissensvermittlung in eine breitere Öffentlichkeit nicht zurückschrecken.

Spannung zwischen wissenschaftlicher Objektivität und persönlicher Positionierung

In Krisenzeiten wird die Expertise von Wissenschaftler*innen im öffentlichen Diskurs und (teilweise) in politischen Entscheidungsprozessen stärker nachgefragt. Kurz vor und nach Beginn von Russlands vollumfänglicher Invasion in die Ukraine war es die sozial- und geisteswissenschaftliche Expertise über die Ukraine, Russland und Osteuropa insgesamt, die bei der Einordnung der Entwicklungen helfen konnte. Innerhalb weniger Tage wandelte sich die Rolle der Wissenschaftler*innen hin zu Kommentator*innen der sich überschlagenden Ereignisse. Auch ZoIS-Expert*innen bemühten sich um eine Einordnung vor dem Hintergrund ihrer länderspezifischen, regionalen oder militärischen Expertise. Da die Politik Reaktionen und Lösungsansätze in Krisensituationen nahezu zeitgleich formuliert, werden Wissenschaftler*innen fast zwangsläufig Teil der Debatte über die ‚richtigen‘ Maßnahmen der Krisenbekämpfung. Für uns stellen sich in diesem Kontext folgende Fragen:

- Wie können sich Wissenschaftler*innen in politischen und gesellschaftlichen Debatten positionieren?
- Wie verhält es sich um wissenschaftliche Wertfreiheit und Objektivität bei politisch relevanter Forschung und in Krisenzeiten?

Expertise oder Meinung? Die Rolle von Wissenschaftler*innen in öffentlichen Debatten

Input von Gwendolyn Sasse

In den ersten Tagen und Wochen nach dem 24. Februar 2022 wurde mir erstaunlich häufig die Frage gestellt: „Was geht denn in Putins Kopf vor?“ Eine Frage, die nichts mit Wissenschaft und wenig mit Journalismus zu tun hat. Die Lücke zwischen meiner Anmoderation

als Wissenschaftlerin mit einschlägiger Expertise und den Antworten auf diese Art von Fragen ist groß und zeigt, wie schwierig es für Journalist*innen sein kann, in Krisenzeiten Fragen zu stellen, die Raum für Expertise lassen bzw. für Wissenschaftler*innen, in der Kürze der Zeit über enge Fragen dieser Art hinauszugehen.

Im nächsten Schritt wurden am öffentlichen Diskurs beteiligte Wissenschaftler*innen fast automatisch in politische Aushandlungsprozesse einbezogen. In einer Talkshow zu sitzen und sich nicht zu Waffenlieferungen an die Ukraine zu positionieren, wäre eine unrealistische Erwartung. Die Übergänge zwischen Einordnungen vor dem Hintergrund von Forschung, die meist den jeweiligen Moment noch nicht erfasst hat, und Eindrücken über direkte Zugänge vor Ort, einer politischen Positionierung und Aktivismus sind fließend – nicht zuletzt durch die Vermischung institutioneller und privater Kommunikation in den sozialen Medien.

Jede*r Wissenschaftler*in definiert diese Grenzen für sich selbst. Es beginnt mit der persönlichen Entscheidung, wie wichtig einem die Beteiligung an intensiven, in der Öffentlichkeit ausgetragenen Debatten ist. Exponierte Wissenschaftler*innen werden regelmäßig zur Zielscheibe von persönlichen Angriffen und nicht alle Institutionen sehen die Konsequenzen als Teil ihrer Verantwortung an. Ein Teil der Wissenschaft schaut auch rasch auf die Kolleg*innen herab, die sich in diese vermeintlichen Niederungen begeben, sei es aus Unverständnis oder Berufsneid.

Fakt ist, dass in Krisensituationen meinungsstarke Äußerungen oftmals neben Expertise stehen und von denen, die zuhören, nicht immer klar voneinander abgegrenzt werden können. Die Gleichzeitigkeit von Meinung und Fakten kann zudem den Eindruck verstärken, dass es einfach Meinungsunterschiede und wenig Fakten gibt. Zu häufig kann ein Professor*innentitel darüber hinwegtäuschen, dass einige der kommentierenden Wissenschaftler*innen eigentlich auf ganz anderen Gebieten Expertise haben, aber durchaus munter über das Kriegsende spekulieren.

Wissenschaft als per se unpolitisch darzustellen greift zu kurz. Idealerweise beteiligen sich Wissenschaftler*innen in Krisensituationen am öffentlichen Diskurs, reflektieren über die unterschiedlichen Räume, in denen sie kommunizieren, und thematisieren dabei offen, in welcher Kapazität und auf welcher Grundlage sie Stellung beziehen.

*Die Politikwissenschaftlerin **Gwendolyn Sasse** ist wissenschaftliche Direktorin des ZOiS sowie Einstein-Professorin für Vergleichende Demokratie- und Autoritarismusforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin.*

In einer Zeit, in der grundsätzliche Errungenschaften freier, demokratischer Gesellschaften durch Nationalismus und Imperialismus gefährdet werden, kann Wissenschaft einen Beitrag zur gesellschaftlichen Aufklärung leisten. Dabei ist es wichtig, transparent zu kommunizieren, wie

Wissenschaftler*innen sollten sich über die Grenze von wissenschaftlicher Einschätzung und politischer Wertung klar sein.

wissenschaftliche Einschätzungen zustande kommen: Welche Fragen versuchen Wissenschaftler*innen unter Anwendung welcher Methoden und mit Hilfe welcher Daten zu beantworten? Wie werden diese Daten erhoben und ausgewertet? Wie weit reicht ihre Aussagekraft? Hier kommt es mitunter zu Spannungen mit medialen Formaten, die nicht immer die Zeit für differenzierte Darlegung komplexer Sachverhalte vorsehen, wie Gwendolyn Sasse anmerkt. Deshalb ist es wichtig, dass sich Wissenschaftler*innen vor öffentlichen Auftritten möglichst genau überlegen, welche ausgewählten Inhalte sie wie vermitteln wollen und sich über die Grenze von wissenschaftlicher Einschätzung und politischer Wertung klar sind.

Entsprechende Überlegungen, Rücksprachen mit Kolleg*innen aus der Wissenschaftskommunikation, im besten Fall professionelle Medientrainings und die eigentliche Wissenschaftskommunikation kosten Zeit, die Wissenschaftler*innen an anderer Stelle fehlt. Am ZOiS ist Wissenschaftskommunikation Teil der institutionellen Aufgaben des Instituts und unseres im Leitbild verankerten Selbstverständnisses. Damit wird sie zu einem wichtigen, vertraglich geregelten Teil der Arbeit der am ZOiS beschäftigten Wissenschaftler*innen. Das ist allerdings nicht bei allen wissenschaftlichen Institutionen der Fall. Solange im Wissenschaftsbereich für Anstellungen, Entfristungen und Berufungen trotz gegenteiliger Bemühungen Länge von Publikationslisten und Zitationshäufigkeit ausschlaggebend sind, müssen sich insbesondere Forscher*innen mit befristeten Verträgen fragen, ob und in welchem Umfang sie sich die Beteiligung an gesellschaftlichen Debatten leisten können, ohne dadurch ihre wissenschaftliche Karriere zu gefährden. Wir möchten deshalb an dieser Stelle zu bedenken geben, dass Wissenschaft ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nur dann gerecht werden kann, wenn auch Politik und Gesellschaft ihrer Verantwortung für ihre Wissenschaftler*innen nachkommt und entsprechende Rahmenbedingungen für sie schaffen.

Während es wohl die meisten Forschungsinstitutionen gerne sehen, wenn Wissenschaftler*innen medial präsent sind, empfinden es nicht alle als ihre Aufgabe, ihre Mitarbeiter*innen im Fall von Anfeindungen zu unterstützen. Die Rahmenbedingungen für sichere Forschung und Wissenschaftskommunikation zu schaffen und bei Bedarf Hilfsangebote zur Verfügung zu stellen, sollte aber ein Teil institutioneller Fürsorgepflicht sowie gelebter Forschungsethik sein. Am ZOiS gibt es deshalb seit 2023 eine Anlaufstelle gegen Anfeindungen, an die sich ZOiS Mitarbeiter*innen vertraulich wenden können. Diese dokumentiert, berät und unterstützt die Betroffenen bei möglichen weiteren Schritten. Dafür arbeitet das ZOiS mit Hate Aid zusammen, der ersten bundesweiten Beratungsstelle für Betroffene digitaler Gewalt in Deutschland.⁶

Sasse macht in ihrem Input klar, dass sich Wissenschaftler*innen trotz des Gebots wissenschaftlicher Objektivität in gesellschaftlichen Debatten positionieren können. Wissenschaft muss nicht wertfrei sein und Wissenschaftler*innen dürfen Meinungen haben und äußern; die im Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit gilt selbstredend auch für Wissenschaftler*innen. Aufgrund ihres besonderen Status und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Verantwortung sollten sie Meinungen aber als solche kenntlich machen und

6 Das ZOiS hat einen Leitfaden zur Einrichtung einer internen Anlaufstelle für Betroffene von Hatemails und Anfeindungen in wissenschaftlichen Institutionen veröffentlicht. Siehe <https://www.zois-berlin.de/ueber-uns/aktuelles/archiv-2024/leitfaden-zur-einrichtung-einer-internen-anlaufstelle-veroeffentlicht> (14.05.2024).

sachlich begründen. Natürlich können sich Expert*innen dafür entscheiden, nicht an öffentlichen Debatten teilzunehmen. Allerdings kann das eben auch bedeuten, das Feld weniger zögerlichen Personen zu überlassen, die fehlendes Wissen nicht selten durch Meinungsstärke ausgleichen.

Fazit

In diesem ZOiS Report haben wir aufgezeigt, dass es eine ganze Reihe sehr unterschiedlicher ethischer Herausforderungen birgt, während Russlands andauernden Angriffskrieges gegen die Ukraine zu diesen beiden Ländern zu forschen, Wissen zu produzieren und an die Öffentlichkeit zu kommunizieren. Dabei sind wir uns bewusst, dass der Krieg Forschung in unserer gesamten Forschungsregion verändert, haben uns hier aber bewusst auf zwei Länder konzentriert. Folgende Punkte erscheinen uns für die Fortführung unserer Forschung im aktuellen Kontext aus forschungsethischer Perspektive besonders relevant zu sein:

Das Spannungsverhältnis zwischen den formalen Anforderungen einer Ethikkommission, die zu Beginn eines Forschungsprojektes nach entsprechenden Vorgaben ein Ethikvotum ausstellt, und den Praktiken qualitativer Sozialforschung, die sich situativ an den Forschungskontext anpassen muss, kann nicht aufgelöst und muss gerade deshalb immer wieder thematisiert und diskutiert werden. In der Forschungspraxis ist es daher wichtig, regelmäßig über folgende Fragen zu reflektieren: Wo sind die Grenzen des ethisch Vertretbaren? Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen Wissenschaftsfreiheit und rechtlichen Anforderungen des Datenschutzes sowie des Schutzes potenziell gefährdeter Beteiligter? Wie können wir die Bedürfnisse und Positionen unserer Forschungsteilnehmer*innen und Kolleg*innen in diesen Prozessen bestmöglich berücksichtigen?

Um den hohen forschungsethischen Standards in demokratischen Staaten gerecht zu werden, müssen Wissenschaftler*innen sich auch in Sachen Forschungsethik kontinuierlich fortbilden, etwa in Fragen rund um technische Datenschutzvoraussetzungen. Nachwuchswissenschaftler*innen müssen frühzeitig für Fragen zur Forschung in autoritären Regimen oder instabilen politischen Kontexten bis hin zu Kriegssituationen sensibilisiert werden. Ein weiteres, aktuell kaum zu lösendes Problem bleibt allerdings, dass gerade Nachwuchswissenschaftler*innen durch fehlende Aufenthalte in der Zielkultur die notwendige Kulturkompetenz fehlen könnte, um Ereignisse korrekt einzuordnen und forschungsethisch richtige Entscheidungen treffen zu können.

Da forschungsethische Fragen einen immer größeren Raum einnehmen, ist es unabdingbar, mehr zeitliche und finanzielle Ressourcen für die Forschungsethik zur Verfügung zu stellen.⁷ Kritische Selbstreflektion und kollegialer Austausch in allen Stadien der Forschung brauchen Zeit und einen

7 Neben Sicherheits- und Qualitätsaspekten geben zunehmend formale Vorgaben den Anstoß für die Auseinandersetzung mit ethischen Dimensionen eines Forschungsprojekts: Immer mehr Forschungsförderungseinrichtungen, darunter die DFG und das EU-Förderprogramm Horizont 2020, sowie Fachzeitschriften fordern eine ethische Unbedenklichkeitsbescheinigung ein, bevor sie Forschungsprojekte fördern oder Forschungsergebnisse veröffentlichen.

geschützten Raum. Auch Schulungen von Wissenschaftler*innen und Ethikkommissionsmitgliedern kosten Zeit und Geld. Institutionen sollten das bei ihren Budgetplanungen ebenso berücksichtigen wie Politik und Forschungsförderung bei der Zuteilung von Mitteln. Nur mit entsprechenden Ressourcen kann Wissenschaft ihren gesellschaftlichen Aufgaben gerecht werden.

Wir sind davon überzeugt, dass Demokratien wissenschaftliche Expertise benötigen. Dabei erscheint es uns wichtig, dass Politik und Gesellschaft nicht nur Forschungsergebnisse zur Kenntnis nehmen, sondern sich auch über deren forschungsethische Dimensionen bewusstwerden. Im vorliegenden ZOiS Report haben wir einen Einblick in diese Thematik gegeben, unsere Ausführungen können dabei weder vollständig noch abgeschlossen sein. Vielmehr bleibt ein permanenter Aushandlungsprozess forschungsethischer Fragen in Verbindung mit rechtlichen und praktischen Anforderungen und Forschungsinteressen zentraler Bestandteil einer Wissenschaft, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist.

Impressum

Autorinnen

Nina Frieß und Katrin Hoffmann

Herausgeber

© Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)

Adresse

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)

Mohrenstraße 60
10117 Berlin
info@zois-berlin.de
www.zois-berlin.de

Zitation

Frieß, Nina und Hoffmann, Katrin: „Osteuropaforschung in der Verantwortung: Forschungsethik während Russlands Krieg gegen die Ukraine“, ZOiS Report 2/2024, (https://www.zois-berlin.de/fileadmin/media/Dateien/3-Publikationen/ZOiS_Reports/2022/ZOiS_Report_2_2024.pdf)

ISSN 2512-7233

Layout

Yuko Stier

Dieser Report steht unter einer **CC BY-NC 4.0**-Lizenz.

